



Orchideenstudium ...

WWW.SALZBURG.COM/WIZANY

Faymanns Neunte mit echtem (Ge)Heimvorteil

Sillian, Salzburg, Graz, Loipersdorf, Semmering, Wiener Kahlenberg, Laxenburg, Waidhofen/Ybbs und nun eben Schladming. Das sind die neun Regierungsklausurorte der Kanzlerschaft Werner Faymanns. Regierungsklausuren finden

OHNE PROTOKOLL Helmut Schliesselberger

gern fern der ausgetrampelten Wiener Poltupfade statt. In Schladming hat jetzt aber der Kanzler massiv Heimvorteil. Schladming ist sozusagen der Bahnhof der Minuten entfernten idyllischen Ramsau. Dort urlaubt Faymann regelmäßig.

„Was SPÖ-Langzeit-Kanzler Bruno Kreisky sein Mallorca war, das ist Faymann die Ramsau“, schrieb einst ein buntes Kanzler-Leibblatt.

Ihr Ohne-Protokollführer wollte im Winter herausfinden, wo Faymann wohnt, wenn er in der Ramsau urlaubt und scheiterte mit dem investigativjournalistischen Versuch in einem Ramsauer Hotel (nennen wir es „XY“) auf voller Linie: „Das wissen wir nicht“, hieß es achselzuckend. Im Sommer erfuhren wir dann von einem auskunftsfreudigeren Ramsauer Bauern: „Der Faymann wohnt immer im ... Aber da erfährt keiner was, wenn der da ist.“ – Stimmt. Es war genau jenes Hotel XY, in dem wir im Winter gefragt hatten.

Quartierstreit und Entschärfung der Flüchtlingskrise

Asyl: Bund zahlt für 600 Übergangsquartiere in der Bundeshauptstadt.

WIEN. Am Donnerstag kündigte Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) an, 600 Flüchtlinge in einem Quartier der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) in Wien unterzubringen. Nach einem dadurch ausgelösten kurzen Wiener Flüchtlingsquartierstreit, der ein zwischenzeitliches Veto des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl (SPÖ) brachte, kam dann kurz darauf die Einigung: Die 600 Flüchtlinge werden auf zwei Übergangsquartiere (früheres Zollquartier in Erdberg und frühere Wirtschaftsuni) aufgeteilt. Wien bringt ohnedies mit Abstand die meisten Asylbewerber unter. Zu einer gewissen Entschärfung der Quartiersituation trägt auch Tirol bei. Das Land wird 70 Flüchtlinge im Innsbrucker Schloss Mentlberg einquartieren, wurde am Donnerstag bekannt. Im Innenministerium ist man bestrebt, die neuen Unterkünfte, vor allem jene in Wien, dafür zu nutzen, dass Notquartiere wie Polizeiturmsäle möglichst nicht mehr zum Einsatz kommen müssen. Auch die Erstaufnahmestelle Traiskirchen soll entlastet werden.

Neue Hürden für Uni-Zugang

Mit europaweit einheitlichen Zugangsbeschränkungen wären viele Probleme der Universitäten gelöst, glaubt Rektorenchef Heinrich Schmidinger. Aber nicht alle.

ALEXANDRA PARRAGH

SALZBURG. Den Universitäten steht ein heißer Herbst bevor. Sie müssen mit der Regierung nicht nur ihr Budget für die Jahre 2016 bis 2018 ausverhandeln. Es ist auch noch offen, wie es mit den Zugangsbeschränkungen weitergeht. Bis März 2015 braucht es eine neue gesetzliche Regelung, andernfalls fallen die Ausnahmeregelungen in Architektur, Biologie, Informatik, Pharmazie und Wirtschaftswissenschaften wieder weg, die es seit einem Jahr gibt. Die Unis müssten in diesen Fächern dann unbegrenzt viele Studierende aufnehmen.

Das kann weder Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) noch Heinrich Schmidinger, Präsident der **Universitätenkonferenz (uniko)** und langjähriger Rektor der Universität Salzburg, recht sein. Mitterlehners Plan sieht vor, die Zugangsbeschränkungen auf Jus und Sprachstudien auszuweiten. Schmidinger würde sich lieber eine „pragmatische Gesamtlösung“ wie in Deutschland wün-

schen oder gleich europaweit einheitliche Zugangsregeln. „Wenn in Deutschland eine Uni in einem bestimmten Fach nicht mehr in der Lage ist, Studenten aufzunehmen, darf sie Begrenzungen – also Eingangsprüfungen oder Tests, durchführen“, sagte er im SN-Interview.

Mit einheitlichen Zugangsregeln wäre auch der Uni Salzburg mit den

vielen deutschen Studierenden geholfen. Die Situation für das bevorstehende Studienjahr sei gleich geblieben. „In Psychologie haben wir 70, 80 Prozent deutsche Studierende, sonst liegt ihr Anteil bei einem Viertel“, sagt Schmidinger. Eine Lösung wie bei der deutschen Automaten, die Ausländer bezahlen müssen und Inländer refundiert bekommen, lehnt er ab. „Von billigen Revanchespielen halte ich nichts.“

Wichtiger als die Zugangsbeschränkungen ist Schmidinger die Uni-Finanzierung. Bis Ende des Jahres muss das Budget für die neuen Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2016 bis 2018 ausverhandelt und gesetzlich fixiert werden. Schmidinger beharrt auf seiner Forderung nach einer echten Hochschulmilliarde. Die 615 Mill. Euro, die Minister Mitterlehner in Aussicht stellte, sind ihm zu wenig. „Wenn wir die Milliarde nicht bekommen, müssen wir weitermachen wie bisher. Damit werden unsere Unis den Sprung nach vorne nicht schaffen“, sagt Schmidinger.

Eine gewisse Verbesserung der finanziellen Situation erhoffe er sich von der geplanten Novelle des Pri-

vatstiftungsgesetzes. Das könnte es den Unis leichter machen, Drittmittel zu lukrieren, sobald Privatstiftungen steuerlich absetzbar sind. Kommen Donnerstag findet dazu eine Enquete in Wien statt.

Insgesamt fordert Schmidinger von der Regierung „mehr Priorität für die Unis“. Dass der Wissenschaftsminister nun zugleich Vizekanzler ist, werte er positiv. „Das zeigt, wie hoch angesiedelt Wissenschaft und Forschung sind.“

Er will noch eine Periode bis 2019 Rektor der Uni Salzburg bleiben. Dabei ist er mit seiner 13 Jahre währenden Amtszeit bereits heute ihr am längsten dienender Rektor seit der Neugründung 1963. Schmidingers Wiederwahl am 20. Oktober gilt als gesichert, nachdem der Uni-Senat sich im Juni mehrheitlich für ihn ausgesprochen hatte.

Große Zukunftswünsche hegt Schmidinger keine. Er hat nicht vor, Salzburg zur Volluni zu machen, wie das der Uni Linz vorschwebt. Schmidinger: „Ich glaube nicht, dass sich Österreich noch eine Volluni leisten kann. Ich wünsche mir, dass Salzburg ein prominenter Unistandort ist und bleibt.“



Heinrich Schmidinger ist seit 13 Jahren Salzburger Rektor. BILD: SN/APA

KURZ GEMELDET

Fünf Minuten Redezeit für EU-Abgeordnete

WIEN, LUXEMBURG, STRASSBURG. EU-Abgeordnete werden künftig im Nationalrat reden dürfen. Der Ankündigung der Koalition folgte nun ein Initiativantrag. Er sieht vor, dass pro Fraktion ein EU-Mandatar sprechen darf, aber nur bei Europadebatte und bloß fünf Minuten lang. Den Grünen geht das nicht weit genug, die FPÖ ist dagegen. SN, APA

Vorarlberg: Nach Wahl brauchen Neos Kredit

BREGENZ. Der Wahlkampf in Vorarlberg hat die Neos geschätzt 230.000 bis 250.000 Euro gekostet. Landessprecherin Sabine Scheffknecht rechnet mit Spenden in Höhe von 80.000 bis 100.000 Euro. Der Rest müsse über Kredite beschafft werden, erklärte sie.

Österreicher erhalten neue E-Card

WIEN. Robuster, leichter und blindengerecht ist die neue E-Card, die die Firma Austria Card schrittweise an alle Krankenversicherten verteilen wird. Allein 2015 müssen rund vier Millionen E-Cards ausgetauscht, weil ihre Gültigkeit abläuft. Ab Oktober werden 9,3 Mill. Stück produziert. Kosten: 17 Mill. Euro. SN, APA

Team Stronach verliert Generalsekretär

WIEN. Marcus Franz hört mit Ende September als Generalsekretär des Team Stronach auf. Diese Funktion „kollidiert zu sehr mit meinem Hauptberuf als Arzt“, lautete seine Begründung. Franz übte auch an Parteichef Frank Stronach Kritik. SN, APA

Pilz attackiert Minister Brandstetter

Minister weist Vorwurf, Grassers Vertrauensmann gewesen zu sein, zurück.

WIEN. Der Grüne Peter Pilz erhebt massive Vorwürfe gegen Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP). Dieser habe früher ein intensives Naheverhältnis zu Karl-Heinz Grasser und Walter Meischberger gehabt. Pilz ortet auch möglicherweise „illegitime Zugänge zur Justiz“. Laut Pilz hat der Minister auch bei der U-Ausschuss-Reform interveniert. Das Ministerium findet das alles „absurd“.

Pilz stützt sich auf eine Telefonüberwachung, in der Grasser und Meischberger den damaligen Strafverteidiger und heutigen Minister mehrmals namentlich nennen. Brandstetter könnte mit einer leitenden Staatsanwältin Kontakt aufnehmen, um „alle Dinge zu klären“, dies habe er angeboten, behauptete

demnach Meischberger. Das Überwachungsprotokoll hatte die Grüne Gabriela Moser 2011 in einer parlamentarischen Anfrage publik gemacht, damals anonymisiert. Pilz „outete“ nicht nur Brandstetter, sondern auch weitere Namen.

Pilz schließt daraus: Brandstetter sei „so etwas wie ein Vertrauensmann“ für Meischberger und Grasser gewesen. Und offenbar habe er „illegitime, möglicherweise illegale Zugänge“ zur Justiz gehabt. Jemand mit „solchen Kontakten“, der „auf der falschen Seite steht“, sei nicht geeignet für ein hohes Amt.

Außerdem sieht er in dem Beziehungsgeflecht Gründe dafür, warum so viele Korruptionsverfahren eingestellt würden. Das Ministerium habe sich bei der U-Ausschuss-

Reform „auf bemerkenswerte Weise eingemischt“ und verlangt, dass keine Staatsanwälte und keine Aufsichtsratschefs staatsnaher Firmen geladen werden dürfen.

Im Büro des Justizministers wird all dies strikt zurückgewiesen. „Das ist absurd und entbehrt jeder Grundlage.“ Was das behauptete Naheverhältnis zu Grasser und Meischberger betreffe, gelte: „Professor Brandstetter hat keine dieser Personen jemals rechtlich vertreten oder beraten. Es gab kein Vertrauensverhältnis, er war kein Vertrauensmann.“ Grasser habe angefragt, ob ihn Brandstetter vertreten würde, „und er hat das abgelehnt“. Dass sich Brandstetter „illegitimer Zugänge“ bedient habe, gehöre ebenso ins „Reich der Fantasie“. SN, APA